

09.04.2015 – PM 29/2015

100 Tage gesetzlicher Mindestlohn

IG BAU zieht positive Bilanz nach 100 Tagen Mindestlohn

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) zieht 100 Tage nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns eine positive Bilanz der Regelung. „Keines der von den Mindestlohngegnern vorhergesagten Schreckensszenarien ist eingetreten. Im Gegenteil: Der gesetzliche Mindestlohn wirkt sich positiv auf die Wirtschaft aus. Er ist schon jetzt eine Erfolgsstory“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger, der auch Mitglied der Mindestlohnkommission ist. „Wir haben mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig brummt die Wirtschaft. Experten haben die Wachstumszahlen für dieses Jahr bereits nach oben korrigiert. Das ist nicht zuletzt Ergebnis einer deutlichen Kaufkraftsteigerung durch den gesetzlichen Mindestlohn. Wer wenig verdient, gibt jeden zusätzlichen Cent aus.“

Für dieses Jahr erwartet die Hans-Böckler-Stiftung ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 2,2 Prozent. Ende vergangenen Jahres lag die Prognose noch bei Plus 1,6 Prozent. Grund für die verbesserten Wachstumsaussichten sei unter anderem der gesetzliche Mindestlohn. Er sorgt laut einer Studie für einen Kaufkraftzuwachs von rund 20 Milliarden Euro.

„Es ist wenig überraschend, dass die Kritiker nun auf Nebenschauplätze ausweichen. Über Angriffe auf die Dokumentationspflicht versuchen sie, den gesetzlichen Mindestlohn aufzuweichen. Ohne Aufzeichnung der Arbeitszeiten würden die 8,50 Euro Stundenlohn in der Praxis zu einer freiwilligen Leistung degradiert, weil niemand mehr kontrollieren kann, wie viel ein Betrieb seinen Beschäftigten bezahlt“, sagte Feiger. „Das kann auch nicht im Interesse der redlichen Arbeitgeber sein. Unsere jahrelange Erfahrung mit tariflichen Mindestlöhnen am Bau zeigt: Nur ein kontrollierbarer Mindestlohn ist ein guter Mindestlohn, der bei den Arbeitnehmern ankommt. Dazu muss die Arbeitszeit dokumentiert werden, und die Kontrollbehörde braucht ausreichend Personal. Hier muss die Bundesregierung noch nachbessern.“

(1961 Zeichen)